



Einladung zur Mitgliederkonferenz
im Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Liebe Genossinnen und Genossen,

in einer öffentlichen Mitgliederversammlung stellen sich die SPD-Kandidaten/innen für das Amt des/der Ministerpräsidenten/in bei Euch persönlich vor, und zwar am:

Montag, 29. November 2010,
im Kulturzentrum, Hohes Arsenal, Arsenalstraße 2-10 in
24768 Rendsburg

Die Veranstaltung ist von 19.30h bis 22.00h geplant (Einlass ab 18.30h). Im Anschluss daran werden die Mitglieder und die Gäste Gelegenheit zur Abgabe eines Meinungsbildes haben.

Kommt alle und bringt gern Eure Nachbarn, Freunde,
Kolleginnen und Kollegen mit, wir freuen und auf Euch!

SPD Kreisverband Rendsburg-Eckernförde und
SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Rückfragen an: SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde,
Tel.: 04331-4374604, E-Mail: KV-Rendsburg-Eckernfoerde@spd.de,
www.spd-sh.de

**LIEBE GENOSSINNEN,
LIEBE GENOSSEN,**

im aktuellen Kreis-Info haben wir einen kleinen Rückblick auf das Jahr 2010 zusammengestellt. Wir haben unsere Abgeordneten und Arbeitsgemeinschaften um Beiträge gebeten, die ihr in dieser Ausgabe findet.

Ganz besonders aufmerksam machen, möchten wir euch auch auf die öffentliche Mitgliederversammlung unseres Kreisverbandes, die am 29. November um 19.30 Uhr im Kulturzentrum in Rendsburg stattfindet. Dort werden sich unsere möglichen Spitzenkandidaten und die mögliche Spitzenkandidatin vorstellen. Wir laden euch herzlich ein, diese Möglichkeit zur Partizipation zu nutzen. Bringt gerne auch Freunde, Bekannte und Verwandte mit. Alle sind herzlich eingeladen, mitzudiskutieren!

Selbstverständlich wird sich auch das Kreis-Info mit der Frage der Spitzenkandidatur auseinandersetzen. Wir planen hierfür eine Sonderausgabe für Anfang 2011.

Im Namen der Kreis-Info-Redaktion wünsche ich euch schon an dieser Stelle frohe Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Solidarische Grüße,
Götz

SPD-KREIS-INFO

Herausgeber / Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg
Sönke Rix, Götz Borchert

Redaktion: Moritz Deutschmann, Andreas Fleck, Götz Borchert, Thomas Lemm, Marc Oliver Nissen, Jürgen Strack, Manfred Tank

Tel. 04331-437 4602
Fax 04331-437 4603
Mail: kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
Internet: www.spd-rd-eck.de

SÖNKE RIX, MDB: EIN VERLORENES JAHR

Vor etwas mehr als einem Jahr ist das selbsternannte Traumpaar, die schwarz-gelbe Bundesregierung angetreten, die Politik in Deutschland zu verändern. Dem Höhenflug folgte schnell eine Bruchlandung: Keine Regierung vorher hat so schnell das Vertrauen verspielt. Die Bundesregierung hat sich auf die Befriedigung der Interessen ihrer Klientel beschränkt. Beispiele:

Mit ihrer Gesundheitsreform wälzen CDU/CSU und FDP Kostensteigerungen künftig allein auf die Versicherten ab. Die Krankenversicherungsbeiträge sollen von 14,9 auf 15,5 Prozent steigen, hinzu kommen Zusatzbeiträge, die allein die Versicherten tragen müssen. Das ist der Einstieg in die Kopfpauschale. Und obwohl bei uns die Arzneimittelpreise um 50 bis 60 Prozent über dem europäischen Durchschnitt liegen, verhindert die Regierung mehr Wettbewerb.

Schwarz-Gelb zieht keine Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Regierung hat international keinen Druck für eine Finanztransaktionssteuer gemacht, mit der kurzfristige Spekulationen unterbunden werden können. Auch nationale Lösungen hat sie nicht vorangetrieben. Statt dessen gönnen sich Bankmanager, die Milliarden verzockt haben, schon wieder Bonuszahlungen in Millionenhöhe. Mit ihrem „Sparpaket“ belastet die Regierung vor allem Arbeitslose und Wohngeldempfänger. Die Besserverdienenden werden geschont, obwohl sie am meisten von den Finanzspekulationen profitiert haben.

Wirksamstes Mittel gegen Lohndumping ist der gesetzliche Mindestlohn, wie es ihn in fast allen EU-Ländern gibt. CDU/CSU und FDP blockieren ihn noch immer. Damit handeln sie gegen jede ökonomische Vernunft, denn faire Löhne fördern die Kaufkraft und stärken die Wirtschaft. Leiharbeit wird immer häufiger als Instrument für Tariffucht und Lohndumping missbraucht. Derzeit wird jede dritte Stelle in Deutschland mit Leiharbeitern besetzt. Schwarz-Gelb hat bislang nichts unternommen, um

Leiharbeit zu regulieren und das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Schwarz-Gelb will sogar eine Verlängerung von befristeten Verträgen durchsetzen und die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik um zwei Milliarden Euro kürzen.



Statt wie versprochen das Elterngeld auszuweiten, kürzt Schwarz-Gelb bei Gering- und Normalverdiener-Familien. Familien mit 2.000 Euro netto haben künftig 480 Euro pro Jahr weniger. Langzeitarbeitslosen streicht Schwarz-Gelb das Elterngeld sogar ganz. Da aber der Höchstbetrag für das Elterngeld gleich bleibt, haben reiche Familien keine Einbußen. Statt Kinder von klein auf besser zu fördern und den Ausbau von Kitas voranzutreiben, will Schwarz-Gelb ab 2013 ein Betreuungsgeld von 150 Euro für Familien zahlen, die ihr Kind nicht in den Kindergarten schicken. Bei der Neuregelung von Arbeitslosengeld II hat Schwarz-Gelb für Kinder eine Nullrunde beschlossen. Das zusätzliche Bildungspaket ist völlig unzureichend.

Dies Kürzungen und die nicht angemessene Ausstattung des Bildungspakets ist insbesondere „meiner“ Familienministerin Kristina Schröder anzulasten. Hier hätte sie sich für

ihren Politikbereich stärker einsetzen müssen. Auch sonst gingen keine inhaltlichen Impulse von ihr aus. Bis auf ihren halbgenen Versuch, sich mit den Themen „Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus“ und „Deutschenfeindlichkeit“ ins Gespräch zu bringen, kam nichts aus ihrem Ministerium. Und auch zu einer Reaktion auf die Aussetzung des Zivildienstes musste sie von uns getragen werden. Aber in ihrem Gesetzentwurf für einen „Bundesfreiwilligendienst“ ist sie sich dann doch wieder treu geblieben. Denn dieser ist alles andere als ein großer Wurf. Dabei bietet sich gerade jetzt die Chance, die bestehenden Freiwilligendienste und damit die Zivilgesellschaft zu stärken. Diese Chance hat sie vertan.

Die Regierung will die Restlaufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke bis zu 14 Jahre verlängern. Mit dieser Entscheidung spült Schwarz-Gelb den vier großen Stromkonzernen rund 58 Milliarden Euro Zusatzgewinn in die Kasse. Die Sicherheitsrisiken bleiben, die Endlagerfrage bleibt weiter ungeklärt. In geheimen Zusatzverhandlungen zum Energiekonzept hat Schwarz-Gelb der Atom-Lobby u.a. Abstriche bei der sicherheitstechnischen Nachrüstung von AKWs zugesagt, falls diese zu teuer werden. Verlierer schwarz-gelber Atompolitik sind die erneuerbaren Energien.

Steuergeschenke der Bundesregierung an Hoteliers und andere verschärfen die Finanznot der Kommunen. Hier fehlt das Geld, um den Ausbau von Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen voranzutreiben. Die Bundesregierung kürzt massiv bei der Städtebauförderung und setzt so erfolgreiche Programme wie die „Soziale Stadt“ aufs Spiel. Damit befördert Schwarz-Gelb die soziale Spaltung vor Ort.

Diese Koalition hat keine Leitidee, keine Orientierung und keine übergeordnete Vorstellung von Gemeinwohl. Ihre Regierungszeit ist ein verlorenes Jahr für Deutschland.

Sönke Rix, MdB

ULRIKE RODUST, MDEP: UNTER NEUEN VORZEICHEN



Als Europapolitikerin eine erste Bilanz des Jahres 2010 zu ziehen, bedeutet zurückzublicken auf einen Arbeitszeitraum, der durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages unter völlig neuen Vorzeichen stand. Der neue Grundlagenvertrag hat den Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments (EP) besiegelt: Mit entsprechendem Selbstbewusstsein ging das EP zu Beginn des Jahres in die Anhörung der neuen Kommissare und auch der Rat hat in den vergangenen Monaten des Öfteren merken müssen, dass das Parlament die gestiegene Verantwortung gerne annimmt. Vieles von dem, was an ersten Schritten hin zu einer sinnvolleren Gestaltung der Finanzmärkte in der letzten Zeit gemacht worden ist, wäre sicher ohne die Hartnäckigkeit des Parlaments nicht erfolgt.

Dass das so genannte Mitentscheidungsverfahren nun der Regelfall ist, hat auch meine tägliche Arbeit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Fischereiausschuss verändert. Das EP ist in beiden Bereichen, die ja besonders mit schleswig-holsteinischen Interessen verknüpft sind, nun gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union.

Als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und

ländliche Räume und als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion bin ich so unmittelbar mit den in beiden Bereichen anstehenden Reformen befasst: Mit 56 Milliarden Euro im Jahr macht die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik rund 40 Prozent des EU-Haushalts aus. Doch die bisherige Regelung, wie diese Mittel verteilt werden, läuft 2013 aus. Es geht also um viel Geld, auch für Schleswig-Holsteins Landwirte. Entsprechend heiß wird die Diskussion um die anstehende Reform derzeit geführt.

Den meisten Beteiligten scheint inzwischen klar geworden zu sein, dass ein leicht angepasster Status quo nicht reichen wird, um 500 Millionen Europäer mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Produkten zur versorgen, ohne dabei die Interessen des Klimaschutzes und der Biodiversität außen vor zu lassen. Bei der anstehenden Reform ist mir wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichem Nutzen entlohnt werden: Eine Ausrichtung der Zahlungen an erbrachten Leistungen – etwa dem Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden – ist meiner Ansicht nach der einzig gangbare Weg. Denn: Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass hier Mehrwert für die Allgemeinheit entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, lässt sich die nötige Akzeptanz für die gemeinsame Agrarpolitik erreichen. Ein freiwilliges Vertragssystem, bei dem die Höhe der Mittel an das Erfüllen festgelegter Standards gekoppelt ist, ist hier sicher die beste Lösung: Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben ein entsprechendes Modell vorgestellt und es gibt erste Signale, dass die Vorstellungen der Kommission in eine ähnliche Richtung gehen.

Auch die Fischereipolitik befindet sich mitten in der Reformdebatte: Hier gilt es wirksame Maßnahmen gegen die Überfischung durchzusetzen und die in vielen Mitgliedsstaaten der EU immer noch vorhandenen Überkapazitäten der Fischereiflotten

zu reduzieren. Gezielt gefördert werden sollte zukünftig die kleine Küstenfischerei und nicht die großen Trawler. Viel zu tun bleibt also auch noch für die nächsten Jahre: Meine Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament und ich haben hier auch für 2011 noch eine große Fülle an Gestaltungschancen.

Ulrike Rodust, MdEP

TERMINE

AKTUELL AUF:

WWW.SPD-RD-ECK.DE

Montag, 29.11.2010, 19.30 Uhr
Rendsburg, Kulturzentrum
Vorstellung der Kandidaten für die SPD-Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl 2011/2012
Einlass ab 18.30 Uhr



Mittwoch, 01.12.2010, 19.30 Uhr
Rendsburg, Nienstadtstraße 10
Redaktionstreffen der OV-Zeitungen



Dienstag, 07.12.2010, 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der Kreistagsfraktion



Mittwoch, 08.12.2010, 19.00 Uhr
Eckernförde, Hotel Siegfried-Werft
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes



Montag, 13.12.2010, 15.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung des Kreistages



Mittwoch, 15.12.2010, 19.00 Uhr
Eckernförde, Bürgerbegegnungsstätte
AsF-Themenabend: Armut ist weiblich



Mittwoch, 15.12.2010, 19.00 Uhr
Nortorf, Hotel Alter Landkrug
Sitzung der AfB



Montag, 10.01.2011, 19.00 Uhr
N.N.
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes

RALF STEGNER, MDL: EIN VERLORENES JAHR FÜR UNSER LAND

Dieses war kein gutes Jahr für unser Land – es war ein verlorenes Jahr. Es ist der schwarz-gelben Regierungskoalition nicht gelungen, unser Land auch nur ein Stück nach vorne zu bringen. Im Gegenteil: In kürzester Zeit haben CDU und FDP es fertig gebracht, unser Land in Aufruhr zu versetzen und zu spalten – statt in schwierigen Zeiten zu versöhnen. Radikale und ungerechte Kürzungen ersetzen gute und gerechte Politik. Land auf, Land ab gehen die Menschen auf die Straße und sammeln Unterschriften, z.B. für einen Schulfrieden im Land. Die Schulpolitik der Landesregierung lässt Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und auch die kommunalen Schulträger nicht kalt. Chaos und Resignation macht sich an den Schulen breit – keine gute Voraussetzung für den nötigen bildungspolitischen Aufbruch.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass auch wir hier im Kreis zum Ausdruck bringen, dass wir uns von Herrn Klug nicht unsere Schulen kaputt machen lassen – erst recht nicht unsere Gemeinschaftsschulen, die sich gerade erst auf den Weg gemacht haben. Ich bitte euch daher: Beteiligt euch an der Elterninitiative, unterstützt sie, sammelt Unterschriften. Wir wollen, dass sich unsere Schulen, z.B. die Gemeinschaftsschule in Bordesholm, in Ruhe weiterentwickeln können und dafür Unterstützung vom Land bekommen – und nicht weitere Knüppel zwischen die Beine!

Die Politik von Schwarz-Gelb in Kiel hat viele Menschen motiviert, sich für eine andere Politik einzusetzen. Die Demonstration gegen die Schließung der Lübecker Uni hat rund 15.000 Menschen in Kiel zusammengebracht, an den Demonstrationen gegen soziale Kürzungen haben insgesamt rund 10.000 Menschen teilgenommen. Viele weitere Protestaktio-

nen im ganzen Land haben viele Menschen, bis tief in das Lager der Regierungsparteien hinein, mobilisiert. Wir als Sozialdemokraten stehen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger. Die Regierung in Kiel ist nicht nur wegen des Verfassungsurteils eine Regierung auf Abruf – lasst uns gemeinsam alles dafür tun, dass dieser Spuk ein Ende hat und die SPD wieder die Regierung anführen kann. Björn Engholm und Heide Simonis haben bewiesen, dass wir es besser und gerechter können!



Die SPD hat sich in diesem Jahr auf den Weg gemacht, verspieltes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen. Ich denke, dass wir auf dem richtigen Kurs sind: Wir haben uns inhaltlich weiterentwickelt - z.B. in der Steuerpolitik oder auch in der Gesundheitspolitik - und dort wo Korrekturen nötig waren, z.B. bei der Rentenpolitik, haben wir den Kurs geändert. Wir haben neue Instrumente der Beteiligung unserer Mitglieder ausprobiert und uns geöffnet. Das Verfahren zur Aufstellung unseres Spitzenkandidaten zur Landtagswahl ist ein voller Erfolg. Mitglieder und Gäste rennen uns die Bude ein. Lasst uns dieses Verfahren als Chance zur Werbung für die SPD nutzen. Ladet Freunde, Nachbarn und Familie ein. Jeder und jede ist herzlich willkommen – bei den Veranstaltungen und in unserer Partei!

Die Arbeit mit den Genossinnen und Genossen im Wahlkreis 12 macht

mir weiterhin viel Freude und ist ein wichtiger Teil meiner politischen Diskussionen. Viermal haben wir uns an unterschiedlichen Orten im Wahlkreis zum Gedankenaustausch über landes- und kommunalpolitische Themen getroffen. Dabei ging es um die Schulpolitik, um den weiteren Ausbau der Windenergie und die problematische Rolle der Biogasanlagen, aber auch um eines der Dauerthemen, den Schießplatz im Bereich Warder/Langwedel. Einen breiteren Rahmen nehmen auch die Diskussionen über den richtigen Weg der SPD im Bund und im Land ein. Die Gespräche sind gekennzeichnet durch Ehrlichkeit und Offenheit.

Regelmäßig in jedem Monat hat es natürlich auch wieder die Bürgersprechstunde im Bürgerbüro in Bordesholm gegeben. Hier haben Bürgerinnen und Bürger, Genossinnen und Genossen, aber auch Firmenvertreter und Mitglieder von Vereinen und Verbänden Gelegenheit mit mir über

Wünsche und Sorgen zu reden. Diese Gespräche sind für mich eine Quelle von wichtigen Anregungen und Impulsen.

Ich danke euch herzlich für die vielfältige Unterstützung aus den Reihen der Ortsvereine und für das Verständnis, dass ein Fraktions- und Landesvorsitzender mit seiner Zeit für den Wahlkreis manchmal knauserig umgehen muss.

Euch und euren Familien wünsche ich eine ruhige Adventszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Euer

KAI DOLGNER, MDL: AUFHÖREN BITTE!

SozialdemokratInnen neigen ja durchaus dazu, die Arbeit der eigenen SPD-Regierungen mit einer spürbaren Neigung zur Selbstkritik zu begleiten. Wenn man aber auf das Jahr 2010 und die schwarzgelbe Landesregierung zurückblickt, dann wundert man sich zunächst, wie man innerhalb so kurzer Zeit soviel verkehrt machen kann, und fragt sich, was wohl passiert wäre, wenn die SPD sich das erlaubt hätte, was sich die „Koalition des Aufbruchs“ in Schleswig-Holstein erlaubt hat.

Das fing schon Ende 2009 an. Während der Ministerpräsident schon mal die Bevölkerung auf kommende Kürzungen vorbereitet: „Auch Wohlfahrt kann erdrücken!“ wurden noch schnell zwei Beauftragtenstellen geschaffen und dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz zur Entlastung von Hoteliers und reichen Erben im Bundesrat zugestimmt, dass Schleswig-Holstein jedes Jahr 130 Mio. Euro kostet. Was Peter Harry Carstensen hingegen mit seiner Sorge um die erdrückende Wohlfahrt meinte, bekamen später Blinde und Wohlfahrtsverbände zu spüren: Das Landesblindengeld wurde um die Hälfte und die Sozialverträge wurden um 30% gekürzt.

Im Januar schmolz dann die sowieso nur auf Überhangmandaten beruhende schwarzgelbe Mehrheit wegen einer Nachzählung auf ein Mandat zusammen. Bei einer so dünnen Mehrheit gab es zunächst die Hoffnung, dass schwarzgelb versuchen würde, ihre Vorstellungen auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Es trat das Gegenteil ein. Exemplarisch sei hierfür die Schulpolitik genannt. 2007 wurde das derzeitige Schulgesetz noch mit 65 von 69 Stimmen im Landtag verabschiedet.

Das neue Schulgesetz von FDP-Bildungsminister Klug versucht viele der damaligen Reformen wieder zurückzudrehen. So sollen die erfolgreichen neuen Gemeinschaftsschulen durch Abkehr vom gemeinsamen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler und Erschwerung der Errichtung einer gymnasialen Oberstufe zu

Gunsten der Gymnasien geschwächt werden. Obwohl das Verfassungsgericht wegen des nicht verfassungskonform zusammengesetzten Landtages Neuwahlen angeordnet hat, die Betroffenen, Eltern und Schulträ-



ger Sturm laufen und verbeamtete Lehrer zum ersten Mal in der Geschichte gestreikt haben, ficht dieses den Bildungsminister nicht an. Stur zieht er sein verstaubtes Bildungsideal aus den 50er Jahren mit der schwarzgelben Einstimmenmehrheit durch. Ist das die „produktive Ruhe“, die Peter Harry Carstensen noch im Wahlkampf versprochen hat? Und teurer wird es auch noch. Allein für das sogenannte Y-Modell von G8 und G9 werden über 300 zusätzliche Lehrerstellen benötigt.

Dass Schleswig-Holstein auch bei den Ausgaben kürzen muss, steht außer Frage. Bei den Kürzungen darf aber nicht die soziale und wirtschaftliche Zukunft des Landes verspielt werden. Nirgends wird dieses so deutlich wie bei den Kindertagesstätten. Es ist nun wirklich eine Binsenweisheit, dass ein früher Besuch der KiTa die Bildungschancen und die sozialen Chancen von Kindern

deutlich erhöht, was nicht nur dem humanistischen Menschbild entspricht sondern später auch immense Kosten in Jugend- und Sozialhilfe erspart und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel mindert. Auch hier bricht die CDU ein Wahlversprechen, indem sie das dritte beitragsfreie KiTa-Jahr wieder einkassiert hat.

Unvergessen auch das Drama um die Lübecker Universität. Zunächst sollte zum Entsetzen der gesamten Republik der Medizinstudiengang eingestellt werden, obwohl im Bundesgebiet Medizinstudienplätze fehlen. Nach Massenprotesten und einer Rettungsaktion durch den Bund behauptete der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki, dass für ihn die Uni Lübeck nie auf der Kippe gestanden hätte und der Kürzungsbeschluss, der zehntausende auf die Straßen getrieben hat, nur ein besonders raffinierter Plan gewesen sei, um an die Bundesmittel zu kommen.

Es gäbe noch viel zu berichten, wie über den Pflichtstundenerlass, der nach einem Tag schon wieder aufgehoben wurde, die einstweilige Anordnung, die die Besetzung des Generalstaatsanwaltes mit einem FDP-Mann verhinderte oder die zusätzliche Abteilungsleiterstelle im Bildungsministerium, obwohl die FDP in der Opposition die Abteilungsleiter noch abschaffen wollte. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen, doch dafür fehlt hier der Platz.

Nicht nur wegen des Verfassungsgerichtsurteils zur Neuwahl des Landtages kann es nur ein Fazit aus dem Jahr 2010 geben: Die Bürgerinnen und Bürger von Schleswig-Holstein müssen möglichst rasch entscheiden können, ob sie diese Politik wirklich wollen.

Kai Dolgner, MdL

Jungsozialistische Politik im Jahr 2010

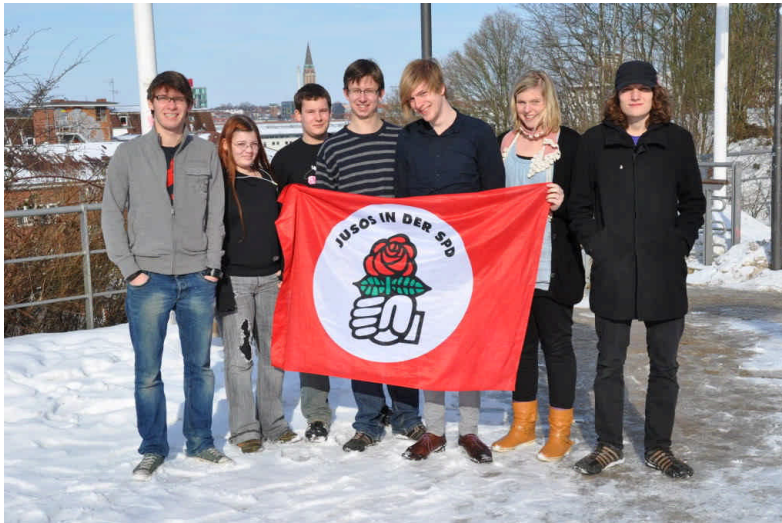
Acht junge Menschen erklärten sich bereit, die Arbeit der Jusos im Jahr 2010 aktiv voranzutreiben.

Moritz Deutschmann als Vorsitzender, mit Maike Voß, Charmaine Anandaraaj, Fabian Stegner, Felix Deutschmann, Richard Kalhöfer und Götz Borchert als StellvertreterInnen und Kai Treptau als Geschäftsführer hat sich im Laufe des Jahres ein eingespieltes Team gefunden.

Neben sehr erfolgreichen Auftritten auf den Kreis- und Landesparteitagen beteiligten wir uns aktiv auf der Landes- und Bundesebene der Jusos. Einige Jusos besuchten den Bundesparteitag der SPD. Eine Gruppe von über 50 jungen Menschen machte sich im Oktober auf den Weg nach Berlin, um der Einladung unseres Bundestagsabgeordneten Sönke Rix zu folgen. Nach

spannenden Besuchen im ehemaligen Stasigefängnis Hohenschönhausen, bei der taz und den Berliner Unterwelten, kehrten wir mit sieben

machten uns daran, unsere Website (www.jusos-rd-eck.de) hübsch zu machen.



Einen besonderen Schwerpunkt legten wir auf die Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in der BRD und schafften uns fundierte Positionen. In der kommenden Zeit wollen wir uns noch weiter mit diesem Thema beschäftigen. Geplant ist zum Beispiel ein Besuch des Abschiebegefängnisses in Rendsburg.

Sehr gefreut hat uns, dass mit Götz Borchert ein lange Jahre aktives Mitglied der Jusos in den SPD-Kreisvorstand gewählt wurde und dass unsere ehemalige Kreisvorsitzende Elena Pieper mit dem Themenschwerpunkt Gleichstellung in den Bundesvorstand der Jusos kooptiert wurde.

Moritz Deutschmann

neuen Genossinnen und Genossen aus der Bundeshauptstadt zurück.

Es gab gemeinsame Seminare mit den Jusos Stormarn und Dithmarschen und wir brachten unsere Ideen und Positionen zwei Mal in Form des STACHELS an die Öffentlichkeit und

de und dass unsere ehemalige Kreisvorsitzende Elena Pieper mit dem Themenschwerpunkt Gleichstellung in den Bundesvorstand der Jusos kooptiert wurde.

Armut ist weiblich

Nur wenige Frauen würden freiwillig zu einer Veranstaltung gehen, „wo Frauen drauf steht“. (Auch ein Abend zu „männerpolitischen Themen“ würde wohl mit dem kleinen Saal auskommen wahrscheinlich kommt nur Frauenministerin Schröder) Das macht es schwer, die Inhalte zu transportieren.

Auch dank der starken Frauen in der SPD hat sich in den letzten Jahrzehnten viel getan zum Thema Gleichberechtigung. Meine und die folgende Generation von Frauen sieht sich mehrheitlich ganz selbstverständlich als gleichwertig und gleichberechtigt. Karrierebewusste junge Frauen erleben ihr Geschlecht als Vorteil. Alles gut, oder?

Die Überraschung kommt mit der Familie. Die Rollen ändern sich, der Marktwert als Arbeitskraft sinkt in den Keller und der Kindergarten macht um 11.30 Uhr dicht. Kinder bekommen ist heute das riskanteste, was eine Frau

so machen kann (nicht erst seit die Hebammen aufgeben müssen). Das ist ungerecht!

Ja, es gibt auch Benachteiligung in der Führungsetage, und eine Kanzlerin macht noch keinen Sommer (Beweis: die Schwarz – Gelbe Landesregierung meint mit einer einzigen Frau auskommen zu können!).

Der Skandal aber ist das strukturell bedingte Armutsrisiko von Menschen, die einen „weiblichen“ Beruf wählen, die in der Familie sorgen, pflegen und betreuen, die kleine Einkommen und hohe Arbeitsmarktrisiken haben. Das sind auch Männer, aber in der überwältigenden Mehrheit eben Frauen.

Und dass das nicht nur theoretisch so ist, sondern auch real, merken viele nach Eintritt in die Familienphase. Oder mit dem Rentenbescheid.

Die AsF im Kreis RD-ECK möchte Ansprechpartnerin und Aktionsplattform für Frauen nach dem Aha! Erlebnis sein. Wir treffen uns regelmäßig jeden 2. Dienstag im Monat, wir suchen den Kontakt zu den Ortsvereinen und versuchen, das Thema Geschlechtergerechtigkeit auf der Tagesordnung zu halten. Am 15.12. um 19.00 Uhr beispielsweise veranstalten wir im Bürgerbegegnungszentrum in Eckernförde einen Themenabend „Armut ist weiblich“ mit Elena Pieper und Margot Eidmann vom „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“.

Die Bundesfrauenministerin interessiert dieses Thema erklärtermaßen nicht. Uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sollte es interessieren.

Alle Geschlechter willkommen!

*Friederike Rupprecht
AsF-Kreisvorsitzende*

SPD AG 60PLUS: NEUE WEGE GEHEN — WOHNEN IM ALTER

Die Kreis-AG 60 plus mahnt an, dass die Städte und Kommunen daran arbeiten sollten, für die älter werdenden Menschen genügend senioren-gerechten und barrierefreien Wohnraum vorzuhalten. „Dies einzufordern soll Schwerpunkt unserer diesjähri-gen Politik sein“, so der Kreisvorsit-zende Hans Peter Robin zu Beginn des Jahres.

Deutschland wird älter, rich-tig vorbereitet scheint man vor Ort indes aber nicht überall auf den Wandel. Die meisten Senioren wollen die eigenen vier Wände nicht verlassen. Auch dann nicht, wenn sie auf Hilfe angewie-sen sind. Hierfür sind nicht zuletzt vielfältig angepasste Formen des Lebens und Wohnens im Alter gefragt, die älteren Menschen ein barrierefreies, selbständiges Wohnen ermöglichen.



Senioren, „wir erkennen auch nicht, dass die Wohnungswirtschaft durch Umbau in den vorhandenen Gebäu-den Änderung herbeiführt.“

Zu viele Kommunen verfügen weder über betreute Wohn- und Hausge-meinschaften noch über Erfahrungen

meterweit entfernt sind“, klagen die Senioren an, „und wenn dazu noch das Umfeld nicht barrierefrei ist, ha-ben es ältere Menschen besonders schwer. Denn senioren-gerechtes Wohnen braucht auch ein senioren-gerechtes Umfeld!“

Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte ge-lingt nur, wenn es dort auch bezahlbaren senioren-gerechten Wohnraum – barrierefrei - und entsprechende Nahver-sorgung gibt. Der diesjährige bundesweite Aktionstag am 06.05.10 stand unter dem Motto „Barrierefrei – Wohnen im Alter!“ Gemeinsam mit der Baugenossenschaft Mittelhol-stein verbrachten die SPD-Senioren einen Nachmittag in der betreuten Wohnanlage der AWO in Büdelsdorf und angrenzenden Seniorenwoh-nungen, die von der BGM aus dem Altbestand heraus zu barrierefreien Wohnungen umge-rüstet wurden.

„Bis heute gibt es noch erhebliche Versorgungsdefizite in der Infrastruk-tur, in den Wohnblocks fehlen Aufzü-ge für Rollstühle und Rollatoren,“ bemängelt die Kreis-AG der SPD-

mit gemeinschaftlichen Wohnprojek-ten. Besonders groß sind die Versor-gungsdefizite im ländlichen Raum. „Wenn z. B. der nächste Laden, die nächste Sparkasse oder Post kilo-

Hans-Peter Robin
Kreisvorsitzender der AG 60plus

SPD UNTERSTÜTZT ELTERNINITIATIVE „SCHULFRIEDEN SCHLESWIG-HOLSTEIN“

Die SPD Rendsburg-Eckernförde freut sich sehr über die Initiative der Eltern zur Verhinderung der von der CDU-FDP-Regierung geplanten Än-derungen des Schulgesetzes.

Die geplanten Veränderungen sind der Versuch, eine moderne Schul-landschaft in unserem Land zu ver-hindern, um sogar im Bildungsbe-reich eine freche Klientelpolitik durchzusetzen: Die Mittel, die zum Beispiel für das Y-Modell an Gymna-sien benötigt werden, sollen scham-los aus anderen Schulbereichen, besonders der Gemeinschaftsschule abgezogen werden.

Das aktuelle Schulgesetz wurde erst 2007 beschlossen und seit dem ar-beiten unsere Schulen an der Um-setzung mit neuen Konzepten, Un-terrichts- und Organisationsformen.

Es wurde von den Lehrerinnen und Lehrern mit viel Elan und Arbeits-stunden an einer Verbesserung un-serer Schulen zum Wohle unserer Kinder gearbeitet. Das soll alles nun vom Tisch gewischt werden mit einer Rolle rückwärts in die 1960er Jahre – Ist das die richtige Antwort auf die Anforderungen der Zukunft?

Eine fachlich qualifizierte Bewertung der Entwicklung durch das Schulge-setz von 2007 kann noch gar nicht abgegeben werden, da noch kein Durchgang von Schülerinnen und Schülern das aktuelle System voll-ständig durchlaufen hat. Bildungsmini-ster Klug hat seine Bewertung of-fensichtlich aus einer gelben Glaskug-el. Deshalb: Finger weg vom aktu-ellen Schulgesetz bis Mitte 2013, dann eine fundierte Auswertung und ggf. Nachsteuerungen.

Nicht zuletzt haben die Städte und Gemeinden mit großem Einsatz ihre Schulen auf den Weg für ein moder-nes Schulwesen gebracht, bei dem niemand aussortiert, zurückgelassen oder abgestempelt werden soll. Das alles soll für die Katz gewesen sein? Es wäre verbranntes Steuergeld!

Für ein modernes Schulsystem für alle Kinder in Rendsburg-Eckern-förde und Schleswig-Holstein: Des-halb unterstützt die SPD Rendsburg-Eckern-förde die Initiative der Eltern.

Sei auch mit dabei und unterstütze die Initiative mit deiner Unterschrift! Das Formular kannst du dir hier her-unterladen: www.schulfrieden-sh.de

Ulf Daude
stv. Kreisvorsitzender SPD RD-Eck

KREISTAGSFRAKTION IN KLAUSUR

Die Arbeit der SPD-Kreistagsfraktion des Jahres 2010 war geprägt von dem Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises, hierüber habe ich im letzten Kreisinfo berichtet. Inzwischen haben die Rechnungsergebnisse 2009 und die Hochrechnung für 2010 gezeigt, dass der Kreis doch besser dasteht, als die Verwaltung und die Kreistagsmehrheit angenommen haben. Zwar ist es uns nicht gelungen die anderen Fraktionen davon zu überzeugen, die Erhöhung der Kreisumlage zurückzunehmen, aber zumindest wird sie um ein Jahr verschoben.

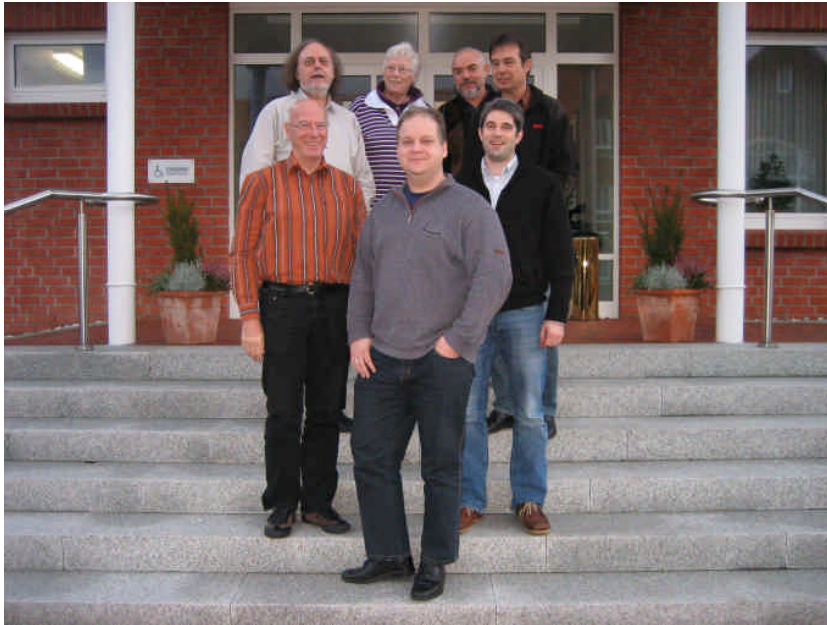
Das haben wir natürlich begrüßt, da Städte und Gemeinden teilweise noch größere Finanzprobleme haben als der Kreis und in schwierigen Zeiten die kommunale Familie zusammenstehen sollte. Man kann es nicht häufig genug betonen: Der gegenseitige Griff in die Kassen kann die Finanzprobleme nicht lösen, sondern verschiebt diese nur.

Zweckmäßiger wäre es, die Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein zu überdenken. Der Kreistag hat Neumünster bereits 2007 den Beitritt angeboten. Auch für den Kreis Plön hält die SPD-Fraktion das für sinnvoll und machbar. Im vertikalen Verwaltungsaufbau sind ebenso Spielräume. Brauchen wir wirklich eine untere, eine obere und eine oberste Denkmalschutzbehörde, die fachlich fast immer übereinstimmende Auskünfte geben? Nun lässt sich die Finanzmisere der Kommunen aber bestimmt nicht durch Einsparungen bei den Verwaltungsstrukturen alleine lösen, das kann nur ein relativ kleiner Beitrag sein.

Erhöhte Belastungen im Jugendhilfe- und Sozialbereich werden nicht ausreichend durch Steuermittel finan-

ziert, stattdessen wird im Bund sogar nach dem unseligen Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das die Kommunen jährlich 60 Mio. Euro kostet, über die Abschaffung der Gewerbesteuer und weitere Steuersenkungen

dann bei den Kreisen entlädt. Wir setzen darauf, dass sich die Eltern, genau wie beim letzten Mal, nicht in die Irre führen lassen und die SPD-Kreistagsfraktion wird die Eltern dabei unterstützen.



Von links nach rechts, obere Reihe: Hans-Jörg Lüth (stv. Vorsitzender), Doris Riebeling (Schriftführerin), Otto Griefnow (Kassierer), Ulrich Kaminski (stv. Vorsitzender)
Untere Reihe: Gerhard Gehringer (stv. Vorsitzender), Kai Dolgner (Vorsitzender), Gerrit van den Toren (stv. Schriftführer)

diskutiert.

Es ist zum Verzweifeln: Kaum verbessern sich die Steuereinnahmen etwas, so dass den Kommunen in Schleswig-Holstein statt 660 Mio. Euro nur noch 450 Mio. Euro fehlen, verbreiten die FDP und Teile der CDU schon wieder Steuersenkungsfantasien, als ob es Überschüsse in den Haushalten geben würde.

Ein wichtiges Thema der nächsten Monate wird wieder einmal die Schülerbeförderung sein. Das Land streicht dem Kreis jährlich 700.000 Euro für die Schülerbeförderung. Der Gipfel ist, dass die Kreise auch noch gesetzlich dazu gezwungen werden sollen, das Geld bei den Eltern einzutreiben. Auch wenn viele Eltern diese neue Entwicklung noch nicht wahrgenommen haben, so ist doch angesichts der Brisanz des Themas mit verständlichem Unmut zu rechnen. Vermutlich hofft die Landesregierung, dass dieser Unmut sich

Wie in den vorherigen Kreisinfos berichtet, arbeitet die SPD-Kreistagsfraktion weiter an Ihren Schwerpunkten Jugend- und Sozialpolitik sowie Klimaschutz.

Alleine die Teilfraktion Soziales hat sich für die zweite Hälfte der Wahlperiode mit kreisweiter Frauenberatung, Integrationskonzept, Suchthilfe, Pflegeberatung und psychiatrischem Krisendienst viel vorgenommen. Wir werden in den nächsten Kreisinfos über die Entwicklung der einzelnen Arbeitsschwerpunkte berichten.

Bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen wurde der Vorstand mit großen

Mehrheiten bestätigt. Neuer umweltpolitischer Sprecher und designierter stv. Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschuss wurde der 34jährige Rendsburger Gerrit van den Toren.

Auch personell haben wir die Kommunalwahlen 2013 im Blick. Wir werden zum Jahreswechsel sechs neue bürgerliche Mitglieder aufnehmen. Mein Dank gilt allen Fraktionskolleginnen und -kollegen, die Funktionen aufgegeben haben, um dieses zu ermöglichen.

Verabschieden mussten wir uns von Thomas Stegemann und Thorsten Federmann, die beide aus persönlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt haben. Auch an dieser Stelle möchten wir uns für ihre Mitarbeit bedanken.

*Kai Dolgner, MdL
Fraktionsvorsitzender*

ULF DAUDE: SCHÜLER NICHT DURCHS RASTER FALLEN LASSEN!



sammengestrickt! Dies haben sie als Forderungen in einer Pressemitteilung selbst verbreitet und findet sich auch auf der Internetseite des Bundesverbandes wieder.

Es ist schon wirklich erstaunlich, wie Menschen, die schon auf der Sonnenseite des (Bildungs-) Lebens stehen, über andere Schülerinnen und Schüler denken. Dies ist leicht, wenn man selbst nicht mehr Gefahr läuft, selbst durch dieses geplante System zu laufen bzw. durch dessen Raster zu fallen, da man ohnehin auf dem Gymnasium ist und kurz vor dem Abschluss steht.

Ist es wirklich richtig, auf die Anforderungen der modernen (Arbeits-) Welt mit den Rezepten aus der Kaiserzeit zu reagieren? Die Anforderungen an die Arbeitsplätze der Zukunft erfordern immer mehr Qualifikationen und Kompetenzen. Wir brauchen deutlich mehr hoch qualifizierte Menschen, um im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Dies erreicht man auf keinen Fall durch Ausgrenzung und Aussortierung von kleinen Kindern schon nach 4 Jahren.

Wir brauchen vielmehr eine optimale Förderung von allen Kindern und auch eine zweite oder dritte Chance

für den optimalen Bildungsabschluss. Die Bildungsoffensive der 1970er Jahre hat schon einmal gezeigt, wie sich Menschen erfolgreich weiter qualifizieren, hocharbeiten und dann genauso gut in ihrem Job bestehen können.

Angst vor Konkurrenz schon in der Schule bringt unser Land nicht weiter – Wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen und mehr Bildung für alle Menschen als Gewinn für uns alle ansehen!

Deshalb steht die SPD RD-Eck weiterhin geschlossen hinter dem Ziel unsere Schulen zukunftsfähig zu machen und „Eine Schule für Alle!“ einzurichten. Dafür muss sich das alt hergebrachte Schulsystem ändern, so dass das erfolgreiche gemeinsame Lernen und der bestmögliche Schulabschluss für jedes einzelne Kind im Vordergrund stehen.

Ulf Daude



Im Oktober hat sich bei uns in Rendsburg-Eckernförde die Schülerunion der CDU gegründet. Nach eigenen Angaben ist sie an 1800 Schulen in Deutschland vertreten und hat das Ziel „Schule zu machen“. Es ist wirklich sehr zu begrüßen, dass sich junge Menschen engagieren und sich organisieren, um ihre Ideen in reale Politik umzusetzen.

Noch mehr ist zu begrüßen, dass nun endlich deutlich wird, wofür CDU-nahe Kreise im Kern in der Bildungspolitik wirklich stehen, wenn man die Worthülsen und Verklausulierungen abzieht:

- dreigliedriges Schulsystem
- Abschaffung des Elternwillens
- Eignungstests für Viertklässler

Nein, das haben wir uns nicht zu-

VORSTAND SPD RD-ECK: UNSER PROGRAMM BIS 2012 STÄRKUNG UNSERER INFRASTRUKTUR IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL

In der neuen Wahlperiode hat sich der SPD-Kreisvorstand zum Ziel gesetzt, das Thema „Entwicklung unserer Infrastruktur“ mit möglichst konkreten Bezügen zu unserem Kreis als Basis für alle wesentlichen politischen und programmatischen Themen und Initiativen zu bearbeiten.

Hintergrund ist vor allem die sich in den nächsten zehn Jahren zuspitzende Veränderung in der Bevölkerungsstruktur durch den demographischen Wandel und die sich daraus zwangsläufig ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen und Auswirkungen

auf die Infrastruktur.

Am Thema „Infrastruktur“ können wir die unterschiedlichsten Ideen, Analysen und Konzepte politisch aufgreifen und bearbeiten - unabhängig von ihrer Zuordnung zu den klassischen Ebenen „Kommunalpolitik, Land, Bund“. Selbst Europathemen können am Stichwort „Infrastruktur“ für die Diskussion auf Ebene der Orts- und Kreispolitik nutzbar gemacht werden:

Wie entwickelt sich unser Dorf, unser Amt, unsere Stadt, unser Kreis bei einer Reform der EU-Strukturfonds

oder der Sozialgesetzgebung? Was bedeutet die Änderung der Lehrerbildung für die dörfliche Grundschulversorgung?

Ein aktuelles Beispiel für dieses „Prinzip“ sind die Pflegestützpunkte, die als bundespolitisch entstandene Idee der SPD in das SGB XI (Pflegeversicherung) eingeflossen sind. Pflegestützpunkte werden die Beratungs- und Betreuungsrealität für Pflegebedürftige und Angehörige beeinflussen - auch vor Ort.

weiter auf Seite 10

VORSTAND SPD RD-ECK: UNSER PROGRAMM BIS 2012

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Im Kreis starten wir in 2011 mit dieser Institution. Für den Kreis ist es eine Frage des WIE, bundespolitisch war es eine Frage des OB.

Andersherum kann eine regionale Analyse unserer Versorgungssituation auf Amts- oder Kreisebene Anlass zu politischen Forderungen an die Landesebene (dichter ÖPNV, Förderung der Markttreffe, Forderungen an die Landesplanung usw.) sein. Sogar für die Bundes-

ebene können wir mit Überlegungen aus regionaler Betroffenheit etwas ableiten: die Qualität der ärztlichen Versorgung auf dem Lande wird vor allem durch Rahmenbedingungen auf Bundesebene vorgezeichnet, ebenso - auf Landesebene - z.B. die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums für Senioren auf den Dörfern.

Wir sind davon überzeugt, dass sich unabhängig von wirtschaftlicher Entwicklung der demographische Wandel auf unser Leben und unser Zusammenleben erheblich auswirken wird. Ländlich strukturierte Regionen werden dabei in den nächsten zehn Jahren besondere Probleme bekommen, diesen Wandel in einer Weise zu gestalten,

- die Infrastruktur erhält,
- die Lebensqualität und Zusammenhalt bewahrt,
- die Entwicklung zulässt.

Hier wollen wir versuchen, Entwicklungen aufzunehmen, Strategien diskutieren, Hinweise, Fragen, aber auch Handreichungen an unsere kommunalpolitisch aktiven Mitglieder geben. So wollen wir auf politischem Wege öffentliches Bewusstsein für frühzeitige Überlegungen und für Prioritäten schärfen. Dabei wollen wir zeigen, was die SPD „drauf hat“ und dass es bei allen Problemen nicht um eine Bedrohung, sondern um eine Herausforderung geht!



Folgende Themenkomplexe haben wir uns eingeteilt:

Bildung

Hier geht es um Erreichbarkeit und Qualität der Angebote von Kita, Schule, VHS usw.

Ansprechpartner: Ulf Daude

Wohnen/Pflege/Medizinische Versorgung

Das wird (teilweise in Kombination) die Schlüsselfrage für die zunehmend älter werdende Gesellschaft und das Verbleiben vieler Menschen in Dorf und Quartier.

Ansprechpartner: Andreas Fleck und Ulli Kaminski

Umwelt, Energie, Entsorgung, Verkehr

Hier geht es um die Bewahrung unserer Natur aber auch um den öffentlichen Einfluss in der Daseinsvorsorge.

Ansprechpartner: Jürgen Strack

Als Querschnittsthemen sehen wir den Komplex „**Demokratie / Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamt**“.

Ansprechpartner: Sönke Rix, und den Bereich „Integration“ mit Ansprechpartnerin Hatice Kara

Als Team im Kreisvorstand stehen wir für die Gesamtgestaltung und Philosophie des Projekts. Wir regeln aber auch die Kommunikation und

Präsentation der Ergebnisse und die Zusammenführung von Themen einschließlich der Abstimmung bzw. Moderation widerstreitender Ergebnisse. In kleinen offenen Projektgruppen wollen wir uns mit Analysen, Themen und Projekten aus den genannten Bereichen befassen.

Selbstverständlich ist die Beteiligung der Kreistagsfraktion sehr erwünscht. Ortsvereine und Mitglieder sind

herzlich eingeladen sich einzubringen. Bitte meldet Euch bei den genannten Ansprechpartnern! Das Kreisbüro vermittelt ggf. den Kontakt.

Wir betonen den Werkstattcharakter des Ganzen. Wir wollen

- aus einer aktuellen Situation ein spezielles Thema aufgreifen;
- je nach Arbeitsweise und -plan des Teams ein Konzept erdenken und präsentierbar machen;
- oder auch von vornherein zielgerichtet auf bestimmte Ergebnisse hinarbeiten (z.B. aktuelle Presseerklärungen zu Missständen, thematische Handreichungen für unsere GemeindevertreterInnen, Anregungen an Kreistags- oder Landtagsfraktion, Anträge Parteitag oder, oder...).

In ganz unterschiedlicher Art können so sichtbare Ergebnisse entstehen. Wir wollen diese unter uns diskutieren, ebenso sie dann nach außen tragen. So können wir die SPD als kreative und kommunikative Partei präsentieren - attraktiv für alle, die etwas bewegen wollen.

(Beschlossen in der Kreisvorstandssitzung am 17.11.2010 in Rendsburg)

*Andreas Fleck
Mitglied des Kreisvorstands*

SPD UMWELTFORUM ONLINE

Das UmWeltforum der SPD Schleswig-Holstein wurde im November 1996 auf Initiative der damaligen SPD-Landesvorstandsmitglieder Ulrike Mehl und Eckart Kuhlwein gegründet.

Es hatte sich zur Aufgabe gestellt

- die ökologische Kompetenz der schleswig-holsteinischen SPD zu festigen und weiterzuentwickeln,
- die Landes-SPD dabei zu unterstützen, sich in die umweltpolitische Diskussion im Land und über das Land hinaus einzumischen und
- als "Umweltanwalt" die Berücksichtigung ökologischer Fragestellungen in allen Politikbereichen zu fördern.

Es ist dabei

- Gesprächsforum zwischen der Partei und ökologisch orientierten Personen und Gruppen von außerhalb, auch aus der Wirtschaft,
- Partner in der SPD für die Nutzung von externem Wissen aus Wissenschaft, Umweltverbänden und Wirtschaft,
- Partner und Zuarbeiter für Landtagsfraktion und Landesregierung in ökologischen Fragen,
- Motor für die Umsetzung von ökologischen Zielen auf den verschiedenen Ebenen der Partei und der Politik auch im kommunalen Bereich,
- Programm-Werkstatt für ökologische Aussagen der Partei in Schleswig-Holstein,
- Partner in der SPD für alle gesellschaftlichen Gruppen, die den Prozess einer "nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung" anstoßen und fördern wollen.

Das UmWeltforum organisiert sich in einer Lenkungsgruppe und in verschiedenen Arbeitsgruppen und Projekten. Die Lenkungsgruppe koordiniert die Arbeit des UmWeltforums und vertritt es nach außen. Eine förmliche Mitgliedschaft gibt es nicht. Wer in einem Projekt mitarbeiten oder Einladungen zu Tagungen haben will, kann sich bei der SPD-

Landesgeschäftsstelle melden. Zu seinen Tätigkeiten gehört es, Grundsatzpapiere und Memoranden, Anträge für den SPD-Landesvorstand, Parteitagisanträge und Arbeitshilfen für die Landtagsfraktion und für die Basis der Partei zu erarbeiten.

Zusätzlich werden Tagungen zu verschiedenen ökologischen Themen wie Lokale Agenda 21, Akzeptanzfragen des Naturschutzes, Ökologie und Tourismus, Energiefragen und vielem mehr veranstaltet.

Mit seiner neugestalteten Homepage unter



www.spd-ufo-sh.de

bietet es nun im breiten Rahmen Informationen zu aktuellen Themen und Veranstaltungen an.

„Wir sind dabei, mit unserer Internetpräsenz auch ein Serviceangebot für an in Umweltfragen Interessierte aufzubauen“, erklärte Jürgen Strack, Mitglied der Lenkungsgruppe und Betreuer der Homepage.

„Als ersten Schritt haben wir zahlreiche Genossinnen und Genossen aus ganz Schleswig-Holstein, die sich mit Umweltthemen beschäftigen, als Ansprechpartner gewinnen können. Sie können über unsere Seite gefunden werden. Wir haben gemerkt, dass z.B. bei unseren Gemeindevertreterinnen und -vertretern zunehmend Informationsbedarf besteht, aber niemand kann sich im Rahmen seines Ehrenamtes überall tief einarbeiten. Da ist es wertvoll, wenn man sachkundige Unterstützung findet.“

Aktuelle Themen für das UmWeltforum sind zur Zeit beispielsweise die Fehmarnbelt- Querung und mögliche Fehlentwicklungen beim Betrieb von Biogasanlagen.

Weitere Informationen:

Juergen.Strack@spd-ufo-sh.de

KURZMELDUNGEN

Falschmeldungen im September-Kreisinfo! Manfred Tank ist nicht nur für die Betreuung der Ortsvereine Wasbek, Mielkendorf und im Nortorfer Land zuständig, sondern zusätzlich auch für den OV Blumenthal.



Carlo Ehrich wurde mit deutlicher Mehrheit zum neuen Bürgermeister in Altenholz gewählt. Der 45-jährige Sozialdemokrat erhielt 68,4 Prozent der Stimmen. Für die gemeinsame Kandidatin von CDU und FDP stimmten nur 31,6 Prozent der Wähler.



Jens Kolls, SPD-Kreistagsabgeordneter aus Rieseby, ist 2. stellvertretender Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde.



Wolfgang Weiß, OV Altenholz, ist als SPD-Abgeordneter in den Kreistag nachgerückt, nachdem Thomas Stegemann sein Mandat aufgegeben hatte.

BÜROZEITEN SPD-KREISBÜROS

Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg
Tel. 04331-437 4602
Fax 04331-437 4603
Mo., Di., Fr. 9.00 bis 14.00 Uhr
Do. 13.00 bis 18.00 Uhr

Ottestraße 5
24340 Eckernförde
Tel. 04351-666152
Mi. 10.00 bis 13.00 Uhr

Mobil 0176-93175186
E-Mail:
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
www.spd-rd-eck.de

Europa-Kreisparteiausschuss am 15.11.2010

EU 2020? Nie gehört!



Arbeits- bzw. ausgrenzungsgefährdeten Personen um 20 Millionen.

Die Ziele sollen mit Leitinitiativen und nationalen Reformprogrammen, die die Mitgliedstaaten in engem Dialog mit der EU-Kommission entwickeln, bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Dabei agiert die Bundesregierung als Bremser, vor allem bei den sozialen Zielsetzungen (z.B. bei der Armutsbekämpfung).

Die EU 2020-Strategie und ihre Umsetzung zeigen sehr deutlich, wie regionale, nationale und europäische Politik miteinander verzahnt werden müssen. Der Appell von Martin Tretbar-Endres, dass die SPD bei vermeintlich nationalen Themen auch immer den europäischen Zusammenhang betrachten soll, fiel auf fruchtbaren Boden: So beschloss der KPA sich zunächst mit zwei Zielsetzungen der EU-2020 Strategie und mit Konsequenzen und Umsetzungsmöglichkeiten im Land und im Bund zu beschäftigen: Zu den Bildungszielen wird die AfB (Ulf Daude) arbeiten, mit den Klimazielen, insbesondere dem Aspekt einer europäischen Energiepolitik wird sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Götz Borchert befassen.

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, kann sich im Kreisbüro melden. Dort sind auch ein Thesenpapier („Soziale Ungleichheit in Europa - Was geht uns das an?“) sowie die Folien des Referats von Martin Tretbar-Endres zu erhalten.

Nach der Devise, dass europäische Politik nicht nur vor Europawahlen ein Thema sein darf, hatte der Vorsitzende des Kreisparteiausschusses Martin Klimach-Dreger den Sprecher des Europaforums der SPD SH Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg zu einem „Europa-KPA“ am 15. November in Eckernförde eingeladen.

Nur wenige Finger hoben sich, als dieser fragte, wer schon einmal etwas von der EU 2020-Strategie gehört habe. Nicht verwunderlich, denn die Diskussion über die EU 2020-Strategie findet nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Und das, obwohl mit ihr wichtige Weichen für die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten gestellt werden. Der Europäische Rat, die Staats- und

Regierungschefs der Mitgliedsländer, hatten im Juni 2010 die EU-2020 Strategie beschlossen, die fünf quantifizierbare Ziele umfasst:

- 3 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes der EU für Forschung & Entwicklung
- 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele (Treibhausgasreduzierung, Anteil der erneuerbaren Energien, Steigerung Energieeffizienz)
- Beschäftigungsquote von 75 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren
- Anteil der Schulabbrecher unter 10 Prozent und Hochschulabschluss für mindestens 40 Prozent der jüngeren Generation.
- Reduzierung der Zahl der ar-

EINLADUNG ZUM 1. REDAKTIONSTREFFEN DER OV-ZEITUNGEN

am 1. Dezember um 19.30 Uhr im Rendsburger SPD-Büro, Nienstadtstraße 10.

Ziel unserer Zusammenkunft ist neben der Kontaktpflege und dem Austausch zu gemeinsamen Problemen und Themen der Versuch, durch bessere Kooperation und Erfahrungsaustausch das Leben als Redakteur/in zu erleichtern und unsere „Produkte“ zu verbessern. Bewusst will ich auf eine Tagesordnung erstmal verzichten.

Als Stichworte für unseren ersten inhaltlichen Austausch nenne ich Artikel- und Fotodienst, Kosten beherrschbar halten, Unterstützung Not leidender Redaktionen, Organisation, Produktion, Vertrieb, Wahlkampf 2011.

Bitte bringt wenn möglich ein paar Überdrucke Eurer Zeitungen mit. Ich freue mich auf Euer Kommen und grüße Euch bis dahin auch im Namen des Kreisvorstands sehr herzlich, Euer
Andreas Fleck

JÜRGEN STRACK: VON BIO- ZUR AGRARENERGIE

Wer durch Schleswig- Holstein fährt, stellt fest, dass sich die Landschaft verändert. Maisfelder verdrängen den Kartoffel – und Gemüseanbau, ebenso verschwinden Grünlandflächen. In der Zeit von 2006 bis 2009 wuchs die Gesamt-Maisanbaufläche von 12.392 ha auf 38.345 ha, hat sich also verdreifacht. Spitzenreiter dieser Entwicklung ist Niedersachsen mit 144.104 ha.

Im Jahr 2004 hat die Bundesregierung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Bonuszahlungen für nachwachsende Rohstoffe in Biogasanlagen eingeführt. Die Idee klingt erst einmal gut:

Strom aus Biomasse - garantiert umweltfreundlich und CO2-frei. Biogasanlagen, die aus sogenannten nachwachsenden Rohstoffen (Pflanzen und Pflanzenreste aus Land- und Forstwirtschaft) Energie produzieren, bekommen den "NaWaRo-Bonus".

Für die Bauern eröffnet sich hier eine attraktive Einnahmequelle. Der Bau von Biogasanlagen wird staatlich durch günstige Darlehen gefördert. Die Vergütungssätze erhöhen sich, wenn der Strom ausschließlich aus Pflanzen und Pflanzenbestandteilen, die in landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gartenbaulichen Betrieben oder im Rahmen der Landschaftspflege anfallen und/oder aus Gülle oder bestimmter Schlempe gewonnen wird.

Bei diesen nachwachsenden Rohstoffen erreicht man zur Zeit mit Mais den höchsten Gasertrag. Auf Grund ihrer günstigen finanziellen Stellung können die Betreiber von Agrargasanlagen mittlerweile bis zu 1.500 Euro Pacht pro ha. Land bezahlen, während ein Landwirt, der Lebensmittel produziert, nur 400 bis 500 Euro bieten kann.

Aktuelle betriebswirtschaftliche Analysen zeigen, dass die Milch gegenüber der subventionierten Biogaserzeugung ca. 40 Cent je Liter als Erzeugerpreis realisieren müsste, um konkurrenzfähig zu sein. Derzeit liegen die Milcherzeugerpreise zwischen 26 bis 28 Cent/Liter. Da die Einspeisevergütungen auf 20 Jahre garan-

tiert sind, muss befürchtet werden, dass dies zu einer massiven Veränderung der Landnutzung und des Landschaftsbildes über einen langen Zeitraum führt.

Dies wird nicht ohne Folgen bleiben. Da sich der Maisanbau finanziell lohnt, kommt es zu erheblichen Umbrüchen von Dauergrünland in Deutschland (Verlust in den letzten fünf Jahren ca. 160.000 ha). Dies steht im Widerspruch zu den Klima-



schutzziele des EEG, weil Grünlandböden weltweit der wichtigste CO2-Speicher sind.

Wenn nun Grünland umgebrochen wird, um darauf Mais anzubauen, wird massenweise CO2 freigesetzt. Pro Jahr und Hektar gelangen 10 Tonnen CO2 in die Atmosphäre. Wird aus dem so angebauten Mais dann Agrargas, ist die Klimabilanz dieses Stroms kaum besser, als die eines Kohlekraftwerks.

Erschwerend wirkt es sich aus, wenn der Mais dann auch noch in Monokultur angebaut wird. Die „Vermaisung“ gefährdet das Grundwasser. Denn der viele Mais bringt hohe Konzentrationen von Stickstoff im Boden mit sich. Stickstoff, der in einigen Regionen durch den Umbruch vom Grünland freigesetzt wird, in anderen Regionen durch jahrzehntelange Düngung ohnehin schon im Boden schlummert.

Einen Teil dieses Stickstoffs braucht der Mais zum Wachsen. Doch längst nicht alles. Der Rest bleibt an der Bodenoberfläche, verwandelt sich in Nitrat und droht im Herbst ins Grundwasser "ausgewaschen" zu werden. Die Artenvielfalt wird gefährdet: Vor allem Grünland beherbergt als Lebensraum mehr als die Hälfte aller vorkommenden Arten, so das Bun-

desamt für Naturschutz in seinem Ende September veröffentlichten Positionspapier zum Artenschutz.

Die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen gehört zu den Säulen einer nachhaltigen Energiepolitik, die sowohl die Atomenergie, als auch die Verbrennung fossiler Ressourcen ablösen wird.

Aber nicht alle Nutzungen sind energieeffizient und damit nachhaltig. Wir müssen uns deshalb dafür einsetzen, dass Fehlentwicklungen bei der Genehmigung und Inbetriebnahme von Biogasanlagen in Schleswig-Holstein verhindert und geeignete Steuerungsmechanismen entwickelt werden.

Das UmweltForum der SPD Schleswig-Holstein hat dieses Thema aufgegriffen. Leider konnte sein Antrag dazu auf dem Landesparteitag im September diesen Jahres nicht mehr beraten werden, da der Parteitag auf Grund der vorgerückten Stunde beendet wurde.

U.a. wird darin eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefordert. Sie muss verhindern, dass zugunsten von Biogasanlagen eine massive Ausdehnung des Maisanbaus in Monokultur mit erheblichen negativen Folgen für die Biodiversität, für den Wasserschutz und für die Vielfalt der Landschaften entsteht.

Im Planungsrecht sind gesetzliche Vorgaben für den Bau von Biogasanlagen zu schaffen, die mit den Zielen einer nachhaltigen Landbewirtschaftung vereinbar sind und die Erfordernisse des Klimaschutzes, der Wasser-Rahmen-Richtlinie und der Konvention über die biologische Vielfalt sowie die deutsche Biodiversitätsstrategie berücksichtigen.

Die Lücke zwischen dem kommunalen Planungsrecht und den gewerblichen Immissionsschutzgesetzen sind zu schließen. Die Folgen, die mit der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen, Bereitstellung von Gülle u.a. für Klima, Umwelt, Natur und Landschaft entstehen, werden im Planungsrecht nicht beachtet.